

91728-2024 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen – Neubau Kindertagesstätte Groß-Umstadt, Tragwerksplanung

OJ S 31/2024 13/02/2024

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Stadt Groß-Umstadt

E-Mail: markus.dittmann@gross-umstadt.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neubau Kindertagesstätte Groß-Umstadt, Tragwerksplanung

Beschreibung: Vergabe von Fachplanungsleistungen der Tragwerksplanung gemäß § 51 HOAI i.V.m. Anlage 14 Nr. 14.1 HOAI für Gebäude und bauliche Anlagen und der Bauphysik gem. Anlage 1, Abschnitt 1.2 HOAI

Kennung des Verfahrens: 6ce82bec-8f2c-4b53-82c3-0daf23babb0c

Interne Kennung: KGU.01/2024_TWP

Verfahrensart: Verhandlungsverfahren mit vorheriger Veröffentlichung eines Aufrufs zum Wettbewerb/Verhandlungsverfahren

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Stadt Groß-Umstadt St.-Péray-Straße 16

Stadt: Groß-Umstadt

Postleitzahl: 64823

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4YL6HM3B A) Verfahrenssprache Die Teilnahmeanträge und auch die Angebote sind in deutscher Sprache einzureichen. Sofern ein fremdsprachiger Nachweis als Bestandteil eines Teilnahmeantrags oder Angebots vorgelegt wird, ist neben dem Nachweis jeweils eine beglaubigte Übersetzung des Nachweises vorzulegen. B) Registrierung Vergabepattform Bewerber, die an dem Vergabeverfahren teilnehmen wollen, sind verpflichtet sich mit einer eindeutigen Unternehmensbezeichnung sowie einer E-Mail-Adresse auf der Vergabepattform (<https://vergabe.stadt-frankfurt.de/NetServer/>) zu registrieren. Nicht registrierte Unternehmen müssen sich eigenverantwortlich

auf der Vergabeplattform zum aktuellen Stand des Vergabeverfahrens informieren (Holschuld). Tun Sie das nicht regelmäßig, tragen Sie das Risiko, eine Information zu verpassen und ein Angebot auf der Grundlage veralteter Vergabeunterlagen zu erstellen und daraufhin auf Grund fehlerhafter Unterlagen vom Verfahren ausgeschlossen zu werden. C) Bewerbungsunterlagen Die Bewerbungsunterlagen beinhalten alle notwendigen Informationen zur Bearbeitung des Teilnahmeantrages. Enthalten die Bewerbungsunterlagen nach Auffassung des Bewerbers Unklarheiten, so hat er den Auftraggeber unverzüglich darauf hinzuweisen. Fragen des Bewerbers zum Vergabefahren sind ausschließlich über die Vergabeplattform bis spätestens sieben Tage vor der jeweiligen Abgabefrist zu richten. Der Auftraggeber behält sich vor, nach diesem Zeitpunkt eingehende Fragen nicht mehr zu beantworten. D) Abgabe Teilnahmeantrag Für die Einreichung des Teilnahmeantrags ist das Formblatt mit der Bezeichnung "Teilnahmeantrag" sowie bei Bedarf die Bewerbergemeinschaftserklärung (Anlage 01 zum Teilnahmeantrag) bzw. die Verpflichtungserklärung Eignungsleihe (Anlage 02 zum Teilnahmeantrag) zu verwenden. Der Teilnahmeantrag sowie die geforderten Nachweise und Anlagen sind ausschließlich über die Vergabeplattform einzureichen. Entscheidend dabei ist der Eingang der Unterlagen, auf der Vergabeplattform und nicht der Zeitpunkt, zu dem das Versenden des Teilnahmeantrags gestartet wurde. Bitte berücksichtigen Sie daher einen ausreichenden zeitlichen Vorlauf für die elektronische Übermittlung Ihres Teilnahmeantrags. Teilnahmeanträge, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen. E) Bewerbergemeinschaften Bewerbergemeinschaften sind zugelassen (vgl. § 43 VgV). Sofern Bewerbergemeinschaften in den Vergabeunterlagen nicht ausdrücklich genannt werden, sind unter dem Begriff "Bewerber" auch Bewerbergemeinschaften zu verstehen. Die nachträgliche Bildung von Bietergemeinschaften zur Angebotsabgabe aufgeforderten Bietern bzw. Bietergemeinschaften führt zwingend zum Angebotsausschluss. F) Nachunternehmen mit Eignungsleihe (andere Unternehmen) Der Bewerber kann sich bei der Erfüllung der Eignungsanforderungen der Fähigkeiten, Ressourcen bzw. Mittel anderer Unternehmen bedienen, ungeachtet des rechtlichen Charakters der zwischen ihm und diesen Unternehmen bestehenden Verbindungen (vgl. § 47 VgV). G) Nachunternehmen ohne Eignungsleihe Nachunternehmen ohne Eignungsleihe sind erst bei Angebotsabgabe zu benennen. H) Nachforderungen Der AG behält sich das Nachfordern nach Maßgabe des § 56 Abs. 4 VgV vor. I) Mehrfachbeteiligungen Mehrfachbeteiligungen, d. h. parallele Beteiligung als Einzelbietender und gleichzeitig als Gesellschafter/in einer Bietergemeinschaft, sind unzulässig und führen zum Ausschluss sämtlicher hiervon betroffener Bewerbungen, sofern die betroffenen Bietenden nicht nachweisen, dass die Angebote völlig unabhängig voneinander erstellt wurden. Mehrfachbeteiligungen von Nachunternehmen sind zulässig, sofern diese keinen maßgeblichen Einfluss auf die Angebotsgestaltung haben. Der AG wird einzelfallbezogen entscheiden, ob ein Ausschluss unter dem Gesichtspunkt einer Wettbewerbsbeeinflussung geboten ist.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Konkurs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Korruption: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Vergleichsverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Betrugsbekämpfung: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlungsunfähigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Falsche Angaben, verweigerte Informationen, die nicht in der Lage sind, die erforderlichen Unterlagen vorzulegen, und haben vertrauliche Informationen über dieses Verfahren erhalten.: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Schwere Verfehlung im Rahmen der beruflichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Entrichtung von Steuern: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB
Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Zwingende bzw. fakultative Ausschlussgründe nach §§ 123 bis 126 GWB

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neubau Kindertagesstätte Groß-Umstadt, Tragwerksplanung
Beschreibung: Gegenstand dieser Ausschreibung ist die Vergabe von Fachplanungsleistungen der Tragwerksplanung für Gebäude und bauliche Anlagen sowie der Bauphysik für den Neubau einer Kindertagesstätte mit 5 Gruppen für insgesamt 75 Kinder in einem Alter von über 3 Jahren und sowie 24 Kinder unter 3 Jahren. Die Bruttogrundfläche (BGF) der Kita beläuft sich nach aktuellem Planungsstand auf ca. 1.200 Quadratmeter. Weitere Informationen zum Projekt, die zu erbringenden Planungsleistungen sowie Informationen zum Vergabeverfahren sind den Ausschreibungsunterlagen zu entnehmen.
Interne Kennung: KGU.01/2024_TWP

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Stadt Groß-Umstadt St.-Péray-Straße 16

Stadt: Groß-Umstadt

Postleitzahl: 64823

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

5.1.6. Allgemeine Informationen

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten

Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: nein

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: nein

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Kriterium:

Art: Eignung zur Berufsausübung

Bezeichnung: Berufszulassung

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Als Bewerber sind natürliche Personen zugelassen, wenn sie nach den Gesetzen der Länder berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen oder wenn sie nach den EU-Richtlinienberechtigt sind, in der Bundesrepublik

Deutschland als Ingenieur tätig zu werden. B) Bei juristischen Personen muss mindestens eine natürliche Person die Eintragung bei einer Ingenieurkammer nachweisen. Für

ausländischen Bewerber sind vergleichbare Nachweise unter Beachtung der

Berufsanerkennungsrichtlinie 2013/55/EU vorzulegen. C) Mindestens einer der an dem Projekt mitarbeitenden Ingenieure muss über die Nachweisberechtigung für Standsicherheit oder eine vergleichbare Qualifikation i. S. d. § 2 NBVO verfügen.

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Haftpflichtversicherung

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Mindestdeckungssummen - Personenschäden: 2.000.000 EUR - Sachschäden: 1.000.000 EUR

Kriterium:

Art: Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Jahresumsatz

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Eigenerklärungen über den Netto-Gesamtumsatz in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags. B)

Im Fall einer Bewerbergemeinschaft (vgl. Kapitel 2.2) sowie bei Eignungsleihe (vgl. Kapitel 2.3) sind die kumulierten Angaben in der untenstehenden Tabelle anzugeben. C) Zum

Nachweis der Erfüllung der Mindestvoraussetzungen sowie im Hinblick auf die Bewertung

werden die Angaben bei Bewerbergemeinschaften und/ oder bei Eignungsleihe addiert. D) Mindestkriterien: - Tragwerksplanung: Als Mindestanforderung ist ein durchschnittlicher Jahresumsatz (netto) für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre in Höhe von 100.000 EUR (in Summe mind. 300.000 EUR) nachzuweisen.

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Festangestellte Beschäftigte

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Erklärung zu den durchschnittlich festangestellten Beschäftigten zum Zeitpunkt der Abgabe des Teilnahmeantrags und in den beiden davor liegenden Jahren mit Qualifikation und Berufserfahrung bezogen auf die ausgeschriebene oder vergleichbare Leistung. B) Im Fall einer Bewerbergemeinschaft (vgl. Teilnahmeantrag Kapitel 2.2) sowie bei Eignungsleihe (vgl. Teilnahmeantrag Kapitel 2.3) sind die kumulierten Angaben in der untenstehenden Tabelle anzugeben. C) Zum Nachweis der Erfüllung der Mindestvoraussetzungen werden die jeweiligen Angaben des Bewerbers, der Bewerbergemeinschaft bzw. bei Eignungsleihe addiert. D) Mindestkriterien: - Tragwerksplanung: 3 festangestellte Ingenieure (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss), wovon 2 mind. 5 Jahre Berufserfahrung nachweisen müssen. - Bauphysik: 2 festangestellte Ingenieure (mit entsprechendem berufsqualifizierendem Abschluss) mit mind. 5 Jahren Berufserfahrung

Kriterium:

Art: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

Bezeichnung: Referenzen

Beschreibung des Eignungskriteriums: A) Der Nachweis der geforderten Referenzen erfolgt durch Eintragung in den nachfolgenden Referenzblättern. Die Prüfung der Referenzen erfolgt nur für die dort eingetragenen Projekte. Allgemeine Referenzlisten werden nicht berücksichtigt. B) Der Bewerber hat zur Darlegung der Eignung gemäß § 46 Abs. 3 Nr. 1 VgV Referenzen in Bezug auf die folgenden Bereiche darzulegen: - Referenz 1: Neubau über 2 Vollgeschosse und mind. 800 m² BGF (max. 60 Pkt.) - Referenz 2: Neu- oder Erweiterungsbau aus dem Bereich Hochbau, die dem Nutzungsbereich Bildungseinrichtung zuzuordnen ist (max. 80 Pkt.) C) Es sind 2 Referenzen abzugeben, die mit der zu vergebenden Leistung bzw. Komplexität vergleichbar sind. Aus Sicht des Auftraggebers ist die vorgenannte Anzahl an Referenzen ausreichend. Werden mehr als die notwendigen Referenzen eingereicht, fließt die mit der höchsten Punktzahl in die Wertung ein. Ein Referenzprojekt darf nicht mehrfach vorgelegt werden. Die jeweiligen Mindestkriterien müssen erreicht werden, damit die jeweilige Referenz einer Punktwertung unterzogen werden kann: Mindestkriterien für alle o.g. Referenzen: - Fertigstellung der LPH 1-6 gem. § 51 Abs. 1 HOAI innerhalb der letzten 8 Jahre (seit 12/2015 bis zum Zeitpunkt der Frist für die Einreichung der Teilnahmeanträge) - Mind. 75% der Leistungsphasen gem. § 51 HOAI wurden im eigenen Büro erbracht Eine der o.g. Referenzen muss folgendes zusätzliches Mindestkriterium erfüllen: - Öffentlicher Auftraggeber oder Auftraggeber mit Anwendung des Vergaberechts - Erbringung von Leistungen der Bauphysik in dem Anwendungsbereich Wärmeschutz und Energiebilanzierung gem. Anlage 1 Abschnitt 1.2.1 Abs. 1 HOAI Nicht jede der o.g. Referenzen muss eines dieser zusätzlichen Mindestkriterien erfüllen. Eine der o.g. Referenzen kann jedoch auch mehrere der zusätzlichen Mindestkriterien erfüllen. Insgesamt muss jedes zusätzliche Mindestkriterium mindestens einmal erfüllt werden. D) Unter Berücksichtigung der angegebenen Mindest- und Höchstzahl werden die entsprechenden Bewerber mit den meisten Punkten zur Angebotsabgabe aufgefordert. Hierbei können insgesamt maximal 120 Punkte erreicht werden. E) Die geforderten Angaben sollen plausibel und nachvollziehbar

sowie mit Bezugnahme der gemachten Angaben in einer Projektbeschreibung dargestellt werden.

Anhand der Kriterien werden die Bewerber ausgewählt, die zur zweiten Phase des Verfahrens eingeladen werden sollen

Rangfolge: 5,00

Informationen über die zweite Phase eines zweiphasigen Verfahrens:

Mindestzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 3

Höchstzahl der zur zweiten Phase des Verfahrens einzuladenden Bewerber: 5

Der Erwerber behält sich das Recht vor, den Auftrag aufgrund der ursprünglichen Angebote ohne weitere Verhandlungen zu vergeben

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: A) Projektorganisation

Beschreibung: A1) Projektteam A2) Personaleinsatz und Vertreterregelung

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 20

Kriterium:

Art: Qualität

Bezeichnung: B) Herangehensweise

Beschreibung: B1) Termine und Kosten, B2) Qualitäts- und Risikomanagement, B3) Herausforderungen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 50

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: C) Honorar

Beschreibung: C1) Angebotssumme, C2) Zeithonorar

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Prozentanteil, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 30

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 08/03/2024 00:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YL6HM3B/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YL6HM3B>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YL6HM3B>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Teilnahmeanträge: 15/03/2024 12:00:00 (UTC+01:00)

Mitteuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 60 \$name_timeperiod.

DAYS_PLURAL_deu

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der AG behält sich das Nachfordern nach Maßgabe des § 56 Abs. 4 VgV vor.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Mit Einreichung Ihrer Bewerbung erklären sich alle Bewerber, auch soweit aus dem EU-Ausland stammen, mit der Anwendung der HOAI 2021 (dt. Honorarordnung für Architekten und Ingenieurleistungen) einverstanden.

Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: nein

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Schlichtungsstelle: Regierungspräsidium Darmstadt

Überprüfungsstelle: Regierungspräsidium Darmstadt

Informationen über die Überprüfungsfristen: Es gelten die Bestimmungen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). Hinsichtlich der Einleitung von Nachprüfungsverfahren wird auf § 160 GWB verwiesen. Dieser lautet: (1) Die Vergabekammer leitet ein Nachprüfungsverfahren nur auf Antrag ein; (2) Antragsbefugt ist jedes Unternehmen, das ein Interesse an dem öffentlichen Auftrag oder der Konzession hat und eine Verletzung in seinen Rechten nach § 97 Absatz 6 durch Nichtbeachtung von Vergabevorschriftengeltend macht. Dabei ist darzulegen, dass dem Unternehmen durch die behauptete Verletzung der Vergabevorschriften ein Schaden entstanden ist oder zu entstehen droht; (3) Der Antrag ist unzulässig, soweit: a. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat; b. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; c. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden; d. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. Satz 1 gilt nicht bei einem Antrag auf Feststellung der Unwirksamkeit des Vertrags nach § 135 Absatz 1 Nummer 2. § 134 Absatz 1 Satz 2 bleibt unberührt.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt:

PROPROJEKT - Planungsmanagement & Projektberatung GmbH

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt:

Regierungspräsidium Darmstadt

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Stadt Groß-Umstadt
Registrierungsnummer: DE111608915
Stadt: Groß-Umstadt
Postleitzahl: 64823
Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt-Dieburg (DE716)
Land: Deutschland
E-Mail: markus.dittmann@gross-umstadt.de
Telefon: +49 6078 781-208

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: PROPROJEKT - Planungsmanagement & Projektberatung GmbH
Registrierungsnummer: DE177440166
Postanschrift: Hedderichstrasse 108-110
Stadt: Frankfurt am Main
Postleitzahl: 60596
Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)
Land: Deutschland
E-Mail: vergaben@proprojekt.de
Telefon: +49 69605011-414

Fax: +49 69605011-444

Rollen dieser Organisation:

Beschaffungsdienstleister

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: PROPROJEKT - Planungsmanagement & Projektberatung GmbH
Registrierungsnummer: DE177440166
Postanschrift: Hedderichstrasse 108-110
Stadt: Frankfurt am Main
Postleitzahl: 60596
Land, Gliederung (NUTS): Frankfurt am Main, Kreisfreie Stadt (DE712)
Land: Deutschland
E-Mail: vergaben@proprojekt.de
Telefon: +49 69605011-414

Fax: +49 69605011-444

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Darmstadt
Registrierungsnummer: DE 812056745
Postanschrift: Wilhelminenplatz 1-3
Stadt: Darmstadt
Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: poststelle@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151120

Fax: +49 6151126347

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: DE 812056745

Postanschrift: Wilhelminenplatz 1-3

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: poststelle@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151120

Fax: +49 6151126347

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0006

Offizielle Bezeichnung: Regierungspräsidium Darmstadt

Registrierungsnummer: DE 812056745

Postanschrift: Wilhelminenplatz 1-3

Stadt: Darmstadt

Postleitzahl: 64283

Land, Gliederung (NUTS): Darmstadt, Kreisfreie Stadt (DE711)

Land: Deutschland

E-Mail: poststelle@rpda.hessen.de

Telefon: +49 6151120

Fax: +49 6151126347

Rollen dieser Organisation:

Schlichtungsstelle

8.1. ORG-0007

Offizielle Bezeichnung: Beschaffungsamt des BMI

Registrierungsnummer: 994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 766fd074-1626-4ad0-9254-93724421a7fd - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 09/02/2024 18:15:25 (UTC+01:00)

Mitteleuropäische Zeit, Westeuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 91728-2024

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 31/2024

Datum der Veröffentlichung: 13/02/2024